

ANTRAG

VORL.NR. 133/11

Antragsteller:
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Datum:
15.03.2011

Antrag: Atomstrom
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.03.2011

Bezug: Gesamtenergiekonzept, Vorl.Nr. 083/11, 084/11

Antragstext:

Die atomare Katastrophe im Japan zwingt auch die deutschen Städte und Gemeinden, Schlussfolgerungen für die Sicherheit ihrer Bevölkerung zu ziehen und Entscheidungen für eine verantwortliche und nachhaltige Energiepolitik zu treffen.

Der Gemeinderat beschließt daher:

Anträge:

1. Ludwigsburg ohne Atomstrom

Die Stadtverwaltung überarbeitet in Zusammenarbeit mit dem IER, Universität Stuttgart, das Gesamtenergiekonzept, seine Prioritätensetzung und nächsten Schritte. Der Auftrag ist darzustellen, welche Maßnahmen nötig und möglich sind, damit Ludwigsburger Stromabnehmer noch im Jahr 2011 keinen Atomstrom mehr beziehen und verwenden. Das Gesamtenergiekonzept wird zu diesem Zweck um einen Abschnitt „Ludwigsburg steigt um von Atomstrom auf erneuerbare Energien“ ergänzt.

2. Städtischer Strombezug ohne Atomstrom

Die Stadt Ludwigsburg bezieht für die städtischen Gebäude und Liegenschaften ab dem nächst möglichen Zeitpunkt keinen Atomstrom mehr.

3. Stadtwerke bieten keinen Atomstrom mehr an

Die städtischen Vertreter im Aufsichtsrat der Stadtwerke Ludwigsburg- Kornwestheim werden beauftragt sicher zu stellen, dass die Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim ab dem frühest möglichen Zeitpunkt keinen Atomstrom mehr anbieten.

4. Stilllegung Atomkraftwerk Neckarwestheim

Die Stadt Ludwigsburg drängt die Landesregierung, unverzüglich die Stilllegung der Atomreaktoren in Neckarwestheim zu veranlassen.

5. Standorte für Windanlagen in Ludwigsburg (als Einzelantrag bereits eingereicht)

Die Stadt Ludwigsburg untersucht anhand der Daten des Windatlas Baden-Württemberg welche Standorte im Stadtgebiet sich unter energiepolitischen und stadtentwicklungspolitischen Gesichtspunkten für die Errichtung von Windkraftanlagen eignen könnten. Diese Untersuchungen werden von Maßnahmen der Bürgerbeteiligung begleitet.

Die Stadt Ludwigsburg setzt sich beim Verband Region Stuttgart dafür ein, den „Teilplan Wind“ des Regionalplans fortzuschreiben, damit neue Vorranggebiete bzw. Standorte ausgewiesen werden.

Begründung:

Die Stadt Ludwigsburg und ihr Gemeinderat sind verpflichtet, für die Sicherheit der Ludwigsburger Bevölkerung alle erforderlichen Vorkehrungen zu treffen. Die räumliche Nähe Ludwigsburgs zu den Atomkraftwerken Neckarwestheim bedeutet, dass die Ludwigsburger Bevölkerung von einem Atom-Unfall in Neckarwestheim mit hoher Wahrscheinlichkeit besonders stark betroffen wäre.

Da Niemand die Sicherheit im Betrieb der Atomkraftwerke gewährleisten kann, da die Frage der Entsorgung des Atom-Mülls und der Alt-Anlagen nach wie vor ungelöst sind, erwartet die deutsche und die Ludwigsburger Bevölkerung zu Recht mehrheitlich den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kernenergie. Der Ludwigsburger Gemeinderat muss dem in seinen Entscheidungen zum Ludwigsburger Gesamtenergiekonzept Rechnung tragen.

Vorstehender Antrag wurde in der Sitzung des Gemeinderats am 16.03.2011 gestellt und zur Beratung und Beschlussfassung an den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt verwiesen.

Geschäftsstelle Gemeinderat

Unterschriften:

Michael Vierling

Verteiler:

DI, DII, DIII, RefNSE (f), 61 (f), SWLB (f), 65 (f), 20, Büro OBM, GS GR

Federführung:

Referat Nachhaltige Stadtentwicklung

FB Hochbau und Gebäudewirtschaft
FB Stadtplanung und Vermessung
Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Sitzungsart
Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt Gemeinderat	16.03.2011	ÖFFENTLICH ÖFFENTLICH